

Die Geschichte der SVP

Von der BGB zur Schweizerischen Volkspartei

Auch wenn als Gründungstag der Schweizerischen Volkspartei SVP offiziell der 22. September 1971 angegeben wird, so geht die Parteigeschichte doch bis 1917 (Gründung der Zürcher Bauernpartei) zurück. Die Schweizerische Volkspartei darf damit auf eine respektable Parteigeschichte zurückblicken, handelt es sich doch bei der SVP um einen Zusammenschluss zweier traditionsreicher Parteien: der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und der Demokratischen Parteien der Kantone Glarus und Graubünden.



Die ehemalige Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB)

Die Wurzeln der SVP finden sich in den Kantonen Zürich und Bern. Die Entstehung der SVP des Kantons Zürich geht auf das Jahr 1917 zurück, als 305 Delegierte des Zürcherischen Landwirtschaftlichen Kantonalvereins (ZLKV) an einer ausserordentlichen Versammlung beschlossen, eine Bauernpartei zu gründen. Bereits wenige Wochen danach errang diese bei den Kantonsratswahlen auf Anhieb 47 Sitze. Dieser Erfolg war wegweisend für weitere Bauernpartei-Gründungen in anderen Kantonen.

Im Kanton Bern erfolgte die Gründung der Partei im Jahre 1918. Im Jahre 1921 stiessen der Gewerbeflügel und die alten Liberal-Konservativen des Kantons Bern dazu. Die Anstösse zur Gründung einer Bauernpartei waren zugleich wirtschaftlicher und politischer Natur: Einerseits war es der wirtschaftspolitische Gegensatz zwischen Bauern und Unternehmern innerhalb der Freisinnigen Partei und andererseits die Untervertretung der Landwirte in dieser Partei. Aber auch der Vormarsch der Sozialisten und die Überzeugung jüngerer Bauernpolitiker, der Freisinn trete zu wenig energisch gegen sozialistische, aber auch antimilitaristische und internationalistische Tendenzen auf, spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Gründung der Bauern- und Bürgerpartei.



Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) wurde am 23. Dezember 1936 als gesamtschweizerische Partei gegründet (Konstituierung: 30. Januar 1937). Die Gründung der eigentlichen schweizerischen Partei erfolgte aufgrund einer Existenzkrise, hervorgerufen durch die sogenannte "Jungbauernbewegung".

Die BGB ursprünglich eine Oppositionspartei

Die BGB, welche ursprünglich als Oppositionspartei gegen den vorherrschenden Freisinn entstanden ist, wurde 1929 Bundesratspartei. Ihr erster Vertreter in der Landesregierung war der legendäre Berner Rudolf Minger.

Er wurde 1881 in Mülchi im Limpachtal geboren und wuchs im väterlichen Bauernbetrieb auf. Seine politische Karriere begann nicht in einer Partei. Als Plattform diente ihm viel mehr die landwirtschaftliche Genossenschaft von Schüpfen, in der er 1909 den Vorsitz hatte. Kurze Zeit später - 1911 - wurde er in den Vorstand des bernischen Genossenschaftsverbandes gewählt. Öfters wurde er als Redner herangezogen. Eine seiner Hauptforderungen war es dabei, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch im Bernbiet das sogenannte Konsumgeschäft (Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarf führen) aufnehmen sollten. Zu diesem Zeitpunkt wagte Minger den Schritt von wirtschaftlichen Themen ins Gebiet der Parteipolitik noch nicht. Vielmehr erwartete er Besserung von einer energischen Interessenvertretung durch die grossen bernischen landwirtschaftlichen Verbände.

Am 24. November 1917 fand im Bierhübeli in Bern die Delegiertenversammlung des bernischen Genossenschaftsverbandes statt. An diesem Anlass nutzte Minger die Gunst der Stunde und «schlug dem Fass den Spunten aus» wie er selber sagte - trotz den väterlichen Mahnungen zu Vorsicht und Zurückhaltung vom damaligen Parteipräsidenten Johann Jenny. Minger rief auf zu politischer Neuordnung, zur Unterstützung des Proporz und zur Gründung einer selbständigen Bauernpartei. Mingers «Bierhübeli»-Rede brachte die Dinge in Fluss und leitete die Entwicklung ein, die schliesslich zur Parteigründung führte.

Seit der Wahl 1929 von Rudolf Minger in den Bundesrat bis zur Abwahl von Christoph Blocher im Dezember 2007 war die BGB (bzw. die SVP) ununterbrochen in der Landesregierung vertreten. Die BGB war in den Kantonen Aargau, Baselland, Bern, Freiburg, Schaffhausen, Tessin, Thurgau, Waadt und Zürich vertreten und stellte im eidgenössischen Parlament zur Zeit des Zusammenschlusses 1936 21 National- und 3 Ständeräte.

Die ehemalige Demokratische Partei

Die Gründung der Demokratischen Partei der Schweiz erfolgte im Kriegsjahr 1942, als sich mehrere zum Teil schon lange bestehende Kantonalparteien zu einem schweizerischen politischen Verband zusammenschlossen. Die Demokratische Partei war eine Linksabspaltung aus der Freisinnigen Partei. Dabei spielten die Demokratischen Parteien des Kantons Zürich in Kanton und Bund eine bedeutende Rolle. Bis 1941 war sie Mitglied der Freisinnigen Partei, der sie sich im Sommer 1971 wieder angeschlossen hat.



In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts entstand die Demokratische und Arbeiterpartei des Kantons Glarus. Auch die nach dem Ersten Weltkrieg in Graubünden gegründete Demokratische Partei war aus dem Freisinn hervorgegangen. Nach dem Herkommen der Mitglieder beurteilt, waren die Demokraten in Graubünden und Glarus vorwiegend eine Partei der Kleinbauern, Angestellten und freien Berufen.

Im eidgenössischen Parlament waren die Demokraten der Kantone Graubünden und Glarus mit je zwei National- und Ständeräten vertreten. Zusammen mit dem demokratischen Zürcher Nationalrat bildeten sie gemeinsam mit den drei Nationalräten der EVP bis zum Ende der Legislaturperiode 1967 - 1971 eine Fraktion.

Die Vereinigung

Die Gründung der Demokratischen Partei der Schweiz erfolgte im Kriegsjahr 1942, als sich mehrere zum Teil schon lange bestehende Kantonalparteien zu einem schweizerischen politischen Verband zusammenschlossen. Die Demokratische Partei war eine Linksabspaltung aus der Freisinnigen Partei. Dabei spielten die Demokratischen Parteien des Kantons Zürich in Kanton und Bund eine bedeutende Rolle. Bis 1941 war sie Mitglied der Freisinnigen Partei, der sie sich im Sommer 1971 wieder angeschlossen hat.



Gründe zur Vereinigung zwischen BGB, Bündner und Glarner Demokraten gab es viele. Im Vordergrund stand - namentlich für die Demokraten - die Basisverbreitung und damit die Verstärkung der Parteien, die umso notwendiger erschien, als die Politik je länger desto mehr eidgenössisch geprägt war. Mitbestimmend war aber auch der Versuch, der ständig zunehmenden Zersplitterung der Parteien entgegenzuwirken. So schlossen sich 1971 BGB, Bündner und Glarner Demokraten zusammen. Die kleinste Bundesratspartei nannte sich fortan Schweizerische Volkspartei (SVP). Wenn auch die Politik und nicht der Name das Profil einer Partei bestimmen, so kündete die Namensänderung doch den Aufbruch in neue Zeiten an. Waren die ehemaligen BGB-Politiker wie auch die Demokraten ausgesprochene Vertreter von beruflichen Interessengruppen (Landwirtschaft, Gewerbe, freie Berufe), so weitete sich der Blick der SVP.

Mit dem Begriff Volkspartei hielt die SVP aber auch an den heute tragenden politischen Säulen aus dem Kreise der Landwirtschaft und des Gewerbes fest und bringt damit zum Ausdruck, dass die Arbeitnehmer und weitere Bevölkerungskreise als gleichberechtigte und gleichwertige Kraft den Parteikurs mitbestimmen. Erneut dokumentiert wurde dieser Anlauf zur Verbreiterung der Basis im Jahre 1977, als eine Arbeitsgruppe unter dem damaligen Parteipräsidenten Dr. Fritz Hofmann einen Bericht über die Reorganisation und die Öffnung der Partei vorstellte. In einer Serie von vielbeachteten Programmparteitagen in den Jahren 1977 und 1978 gab sich die SVP ein neues und modernes Grundsatzprogramm. Der Beschluss dieses neuen Programms entsprang auch einer dringenden Notwendigkeit - die SVP befand sich damals auf einem Tiefststand mit einem Wähleranteil von 9,9 Prozent und einer Fraktion von nur 21 Mitgliedern.

Die Schweizerische Volkspartei heute

1992 wehrte sich die SVP praktisch als einzige Partei gegen einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) - und gewann die Volksabstimmung. Seither profiliert sich die SVP noch stärker als Hüterin der Schweizer Unabhängigkeit, verteidigt die Neutralität und setzt sich ein für eine restriktive Einwanderungspolitik. Sie steht ein für eine geradlinige bürgerliche Politik: Weniger Steuern, weniger Staatsausgaben, für eine schlanke Verwaltung und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Nach den Wahlen 1999 und 2003 wurde die SVP im Oktober 2007 zum dritten Mal stärkste Partei und wiederum stärkste Fraktion in der Bundesversammlung.

Die SVP erreichte mit fast 29 Prozent Wähleranteil ein Rekordergebnis, das seit Einführung der Proporzahlen nie zuvor eine andere Partei erreicht hatte.

Seit 2003 war die SVP mit zwei Bundesräten in der Regierung vertreten. Diese Doppelvertretung sollte allerdings nur kurze Dauer haben: Am 12. Dezember 2007 schlossen sich SP, Grüne, CVP und Vertreter der FDP zusammen und wählten Christoph Blocher ab. Damit setzten sie einen jähen Schlussstrich unter das System der Konkordanz. Die anderen Parteien schickten die SVP in die Opposition: Ab Dezember 2007 hatte die SVP keinen Vertreter mehr in der Landesregierung.

Mit der Wahl von Ueli Maurer in den Bundesrat, machte das Parlament am 10. Dezember 2008 einen ersten Schritt zur Wiederherstellung der Konkordanz. Obwohl die Intrige der Mitte-Links-Koalition ein Jahr zuvor noch nicht vergessen war, hat die SVP auch aufgrund der schwierigen Wirtschaftssituation die Bereitschaft gezeigt wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Gemessen am Wähleranteil bleibt die Partei in der Landesregierung aber weiterhin deutlich untervertreten und wird deshalb mittelfristig einen zweiten Sitz im Bundesrat anstreben.

Die Struktur der SVP



Der Aufbau der SVP entspricht der föderalistischen Struktur unseres Landes. Die Schweiz kennt drei politische Ebenen: Bund, Kantone und Gemeinden. Entsprechend hat die SVP auch eine gesamtschweizerische Partei, als Dach über den sogenannten Kantonalparteien. Diese Kantonalparteien wiederum setzen sich aus den einzelnen Parteisektionen in den Gemeinden zusammen. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) zählt gesamtschweizerisch über 90'000 Mitglieder. Alleine nach der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat sind rund 10'000 Neumitglieder zur Partei gestossen.

Etwa ein Fünftel der Mitglieder stammt aus der Land- und Forstwirtschaft, ein weiterer Fünftel aus den freien Berufen (Gewerbe, Ärzte, Juristen etc.). Die restlichen drei Fünftel der Mitglieder sind zu den Arbeitnehmern (Angestellte, Arbeiter, Beamte, Lehrer etc.) zu zählen. Die SVP verfügt damit im Vergleich zu allen übrigen Parteien über die wohl breiteste und ausgewogenste Zusammensetzung der Basis.

Unternehmer prägen die Politik der SVP. Auch der Sport ist mit Exponenten verankert. Ein überaus starkes Wählersegment stellen die jüngeren Generationen. Mit Lukas Reimann, Natalie Rickli, Andrea Geissbühler und Toni Brunner stellt die SVP auch junge Vertreter im Nationalrat. Die SVP kann somit durchaus als echte, moderne Volkspartei bezeichnet werden. Heute ist die SVP in allen vier Sprachregionen unseres Landes vertreten sowie in allen 26 Kantonen und Halbkantonen.

Die Entstehung der SVP des Kantons Aarau

Der Bauernstand hatte während des Ersten Weltkrieges auf dem Gebiete der Volksernährung gewaltige Leistungen vollbracht.⁵ Dennoch bildete sich die Überzeugung heraus, dass dieser Einsatz viel zu wenig gewürdigt und der bäuerliche Einfluss auf die Behörden und den Staat bescheiden sei. Am 13. Oktober 1918 stimmte das Schweizervolk dem Nationalratswahlproporz mit 299'550 Ja gegen 149'037 Nein zu. Auch der Kanton Aargau bejahte das System, wenn auch nicht gerade sehr überzeugend (23'285 Ja gegen 20'018 Nein). Die Aargauer Bauern mussten sich nun mit einer neuen Sachlage auseinandersetzen.

Bis anhin waren die Aargauer Bauern in den traditionellen Parteien eingebunden. In den

reformierten Bezirken folgten sie mehr oder weniger den Abstimmungs- und Wahlparolen der Freisinnigen, und im katholischen Kantonsteil denjenigen der Konservativen. Im Jahre 1919 fanden zwei wichtige Wahlen statt, die der bauernpolitischen Sache einen zielstrebigem Auftrieb gaben. Ein halbes Jahr vor Ende der Legislaturperiode starb Nationalrat A. Weber aus Menziken. Die Bauern schlugen den Leiter der Moosentsumpfung im oberen Wynental, Ingenieur Richard Zschokke, als Nachfolger vor. Er wurde prompt gewählt. Kurz daraufhin stand eine Ersatzwahl für den zurückgetretenen Regierungsrat Arnold Ringier bevor. Auch hier setzte sich der Vertreter der Bauern durch, Landwirtschaftslehrer Albert Studler. Ein Stimmungsbild der damaligen Zeit vermag der „Wynentaler“ zu vermitteln: „Gut besuchte Tagung vom 29. Juni 1919 im Bären Zetzwil. - Nach kurzer Diskussion fasste die Versammlung den einstimmigen Beschluss, für die von der kantonalen Versammlung in Brugg aufgestellte Kandidatur Studler voll und ganz einzutreten, denn die Landwirte haben mindestens ein so grosses Anrecht, wie die sozialdemokratische Partei, auf einen Vertreter im Regierungsrat. Dieses Recht wird den Bauern, die während den fünf Kriegsjahren an dem mit eidgenössischen und kantonalen Vorschriften überfüllten Kriegskarren am meisten ziehen mussten, niemand abstreiten können. Nicht mit revolutionären Umsturzideen behaftet, sondern vom guten Willen beseelt, tut der Bauer sein Möglichstes auf dem Gebiete der Volksernährung, ohne auf eine achtstündige tägliche Arbeitszeit Anspruch erheben zu können. Als Dank für seine aufopfernde Tätigkeit wird der Landwirt von gewissen unklugen Elementen als Wucherer hingestellt. Man bedenkt jedoch nicht, dass die Milch, die jeden Tag getrunken wird, noch das einzige Produkt ist, das nicht doppelt oder dreifach aufgeschlagen hat wie andere Waren.“⁶ Parallel zu der Wahlpropaganda zu Gunsten von Regierungsratskandidat Studler wurde in verschiedenen Bezirken und Gemeinden die Frage der bauernpolitischen Organisation diskutiert und vertreten.

Die Parteigründung

Auch im Jahre 1920 wurden in Bezirken und Gemeinden zahlreiche Versammlungen und Sitzungen abgehalten.⁷ Sie galten einerseits eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen, andererseits wurden weiterhin politische Organisationsformen besprochen. Die Abstimmung über die Proporzwahl des Grossen Rats fand am 5. September 1920 statt. Die Verfassungsrevision wurde mit 24'788 Ja gegen 20'196 Nein angenommen. Die Sozialdemokraten und die Bauern setzten sich dafür ein. Dies war nun das Signal zur kantonalen Parteigründung. Die denkwürdige Tagung fand am 18. Dezember 1920 im „Roten Haus“ in Brugg statt.

Die Traktandenliste lautete:

1. Annahme der provisorischen Statuten
(Referent: Dr. R. König, Nationalrat).
2. Parteiprogramm (Referent: Regierungsrat Studler).
3. Gründungsbeschluss (nach stattgehabter Diskussion).
4. Parteiorganisation und Parteiorgan (Referent: Fritz Zaugg).
5. Beschaffung der Finanzen (Referent: Verwalter Finsterwald).

Der zum kantonalen Parteiorgan bestimmte „Hausfreund“ berichtete: „Einstimmig haben am letzten Samstag die in Brugg im „Roten Haus“ versammelten 150 Delegierten der Gemeinde und Bezirksbauernvereinigungen, sowie die Vertrauensmänner aus den gemischten Kantonsgegenden die Gründung der selbständigen aargauischen Bauern- und Bürgerpartei BBP beschlossen. Selbst die eifrigsten Anhänger der Idee, dass eine unabhängig organisierte und politisch selbständige Bauernpartei im Aargau ein allgemeines Bedürfnis sei, haben ein so einmütiges Bekenntnis nicht erwartet. Aber dieses politische Glaubensbekenntnis der Aargauer Bauern hat aufs neue bestätigt, dass die Idee schon tief im Volksempfinden Wurzeln geschlagen hat und dass sie Gemeingut des bäuerlichen Denkens und Fühlens geworden ist. Da nun auch all die Behauptungen der Gegner, dass

die Bewegung nur ein Machwerk sei, Lügen gestraft sind, braucht kaum noch erwähnt zu werden.⁸ 1937 schloss sich die Bauern- und Bürgerpartei des Kantons Aargau BBP der national neu entstandenen BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) an.⁹ Dies hatte zur Folge, dass die aargauische BBP sich in BGB umtaufte. 1973 wurde die Partei in den bis heute gültigen Namen „SVP -Schweizerische Volkspartei des Kantons Aargau“ umbenannt

Die Stellung der SVP im Kanton Aargau

Die Partei war von Beginn an überall gut verwurzelt: Sie stellte bereits bei den ersten Wahlen ca. 20% der Parlamentarier im Grossen Rat und war direkt in der Regierung vertreten. Als bürgerliche Partei mit einer starken Verwurzelung in der Bauernschaft, im Gewerbe und bei den Angestellten, verstand sie sich als Sprachrohr des Mittelstandes.¹⁰ Von Beginn weg (1919) war die SVP immer mit mindestens einem Regierungsrat in der kantonalen Exekutive vertreten.¹¹

- Studler Albert 1919-1949
- Zaugg Fritz 1929-1953
- Schwarz Ernst 1953-1969
- Dr. Ursprung Jörg 1969-1983
- Dr. Siegrist Ulrich 1983-1999
- Hasler Ernst 1999-2009
- Hürzeler Alex 2009-

Seit 1919 war die SVP des Kantons Aargau auch in Bern vertreten. Sie besass immer mindestens zwei Nationalratssitze (von 13, 14 bzw. 15 möglichen Sitzen des Kanton Aargau). 1999 eroberte sie erstmals fünf Sitze und avancierte definitiv zur stärksten Partei im Kanton. 1995 zog die SVP erstmals mit einer Kampfwahl in den Ständerat ein. Im Jahre 1999 Im Grossen Rat war die Partei seit 1921 mit immer mindestens 28 auch maximal 72 (2001 bei 200 Sitzen) Sitzen vertreten Seit 2005 immer mit 45 Sitzen.(Grosser Rat von 186-215-140 Sitzen schwankend).

Zunächst war die BGB eine sehr starke Partei, bis sie 1937 um 16 Mandate einbrach. 1937 brach die Sitzzahl aus zwei Gründen ein: Einerseits wurde der Grosse Rat von 215 auf 186 Mitglieder reduziert, andererseits hatte die Partei in den eigenen Reihen eine Bewegung, die sich von der BGB abspaltete, die „Jungbauern“. Erst seit Mitte der siebziger Jahre ist die Partei wieder im Aufwärtstrend und hat heute wieder zur alten Stärke zurückgefunden. Zudem stellte die SVP regelmässig Bundesrichter, Obergerichte und Grossratspräsidenten

5 Vgl. Festschrift, 70 Jahre SVP Aargau 1920-1990, o.O. [Aarau], o.J. [1990], S. 10-17.

6 Wynentaler, 30. Juni 1919, zit. in: Festschrift, 70 Jahre SVP Aargau 1920-1990, o.O. [Aarau], o.J. [1990], S. 14.

7 Vgl. Festschrift, 70 Jahre SVP Aargau 1920-1990, o.O. [Aarau], o.J. [1990], S. 22-24.

8 Hausfreund, 22. Dezember. 1920, zit. in: Festschrift, 70 Jahre SVP Aargau, S. 23.

9 Vgl. Festschrift, 70 Jahre SVP Aargau 1920-1990, o.O. [Aarau], o.J. [1999], S. 39.

10 Vgl. Standpunkte 1995, 75 Jahre SVP Aargau, o.O. [Aarau], o.J. [1995], S. 52.

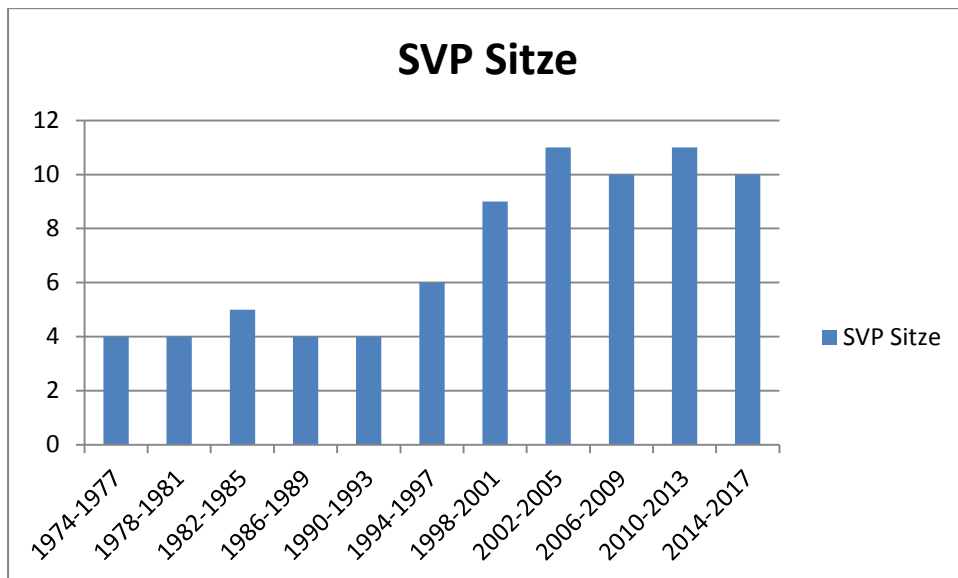
11 Vgl. Festschrift, 70 Jahre SVP Aargau 1920-1990, o.O. [Aarau], o.J. [1999], S. 90.

Die Anfänge der Ortspartei

Die Gründe für die Entstehung der Obersiggenthaler BGB entsprachen den nationalen. Bauern und Gewerbler und alle, welche sich in der FDP/CVP nicht mehr vertreten fühlten, traten der BGB bei. Ein Dokument zur Entstehung der damaligen BGB gibt es nicht. Somit bleibt uns das genaue Gründungsdatum unbekannt. Im Gemeindearchiv war 1930 das erste mal von der BGB gesprochen worden.

Gründungstag der Schweizerischen Volkspartei SVP ist offiziell der 22. September 1971. Ab 1974 gab es in Obersiggenthal einen Einwohnerrat.

SVP Sitze im Einwohnerrat:



Einwohnerratspräsidenten:

1980-1981	Hansruedi Hess
1990-1991	Werner Rinderknecht
2000-2001	Armin Meier
2010-2011	Patrick Hehli

August 2014

Präsident

Patrick Hehli, Kirchdorf

Quellenverzeichnis:

Homepage Schweizerische Volkspartei

Semesterarbeit von Clemens Hochreuter April 2000

Buch Obersiggenthal. Geschichte einer Gemeinde 1994